

Datum: 16.01.2021 10:22

Betreff: ÖGKJ, ÖGKJCH, ÖGKJP, PKM - Offener Brief: Übernahme von Kindern und Familien aus dem Flüchtlingslager Kara Tepe

Sehr geehrte Frau Karall!

Gleich vorweg, Fremdenwesen und Asylpolitik gehören zu den besonders sensiblen Themen. Trotz kontroversieller diesbezüglicher Standpunkte muss diese gesellschaftspolitische Herausforderung angenommen werden. Der Herr Innenminister setzt sich für ein in jeder Hinsicht geordnetes Fremdenwesen ein, wobei der Bekämpfung von Asylmissbrauch und illegaler Migration dabei sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene sein besonderes Augenmerk gilt.

Allerdings zählt Österreich zu jenen EU-Mitgliedstaaten, die in den vergangenen Jahren die höchsten Asylantragszahlen innerhalb der Europäischen Union zu verzeichnen hatten. Dabei wurden in Österreich mehr Asylanträge gestellt und Schutzgewährungen zugesprochen, als in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Seit dem Jahr 2015 wurden in Österreich etwa rund 200.000 Asylanträge gestellt und haben über 124.000 Menschen einen Schutzstatus erhalten. Darunter rund 56.000 Minderjährige und rund 25.800 Frauen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt Österreich im europäischen Vergleich bei den Schutzgewährungen im Zeitraum von 2015 bis 2019 sogar an dritter Stelle. Allein im Jahre 2020 erfolgten 12.630 Schutzgewährungen, davon rund 5.730 Schutzgewährungen Minderjährige betreffend. Welchen Beitrag Österreich leistet, sieht man insbesondere auch bei den unbegleiteten Minderjährigen, wo Österreich im europäischen Vergleich im Zeitraum von 2015 bis 2019, im Verhältnis zur Einwohnerzahl nach Schweden an zweiter Stelle liegt.

Aufgrund dieser überproportionalen Belastung Österreichs, deren Auswirkungen und Herausforderungen in vielen Bereichen, wie etwa bei der Versorgung, im Gesundheits- oder Bildungsbereich, des kontinuierlichen Drucks und der aktuellen Ausnahmesituation erfolgt keine zusätzliche Aufnahme von Asylwerbern oder anerkannten Flüchtlingen direkt aus Griechenland.

Die Migrationspolitik muss so gestaltet werden, dass sie von der Bevölkerung mitgetragen wird und jeder in Österreich in Wohlstand und Frieden leben kann. Dafür muss die illegale Migration in unser Land gestoppt und qualifizierte Zuwanderung am Bedarf Österreichs ausgerichtet werden. Unkontrollierte Migration und die daraus resultierende Gefährdung des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts kann in niemandes Interesse sein.

Wie Medienberichten zu entnehmen ist, hat Österreich als Antwort auf das griechische Hilfsersuchen vom 12. September 2020 über den Unionsmechanismus für den Katastrophenschutz 55 Tonnen an Hilfsgütern in zwei Lieferungen zur Verfügung gestellt.

Der erste Teil an Hilfsgütern bestand aus 200 Familienzelten VIVA mit Winterkit, 200 Zeltheizungen, 400 Zeltbeleuchtungen, 200 Hygienepaketen, 7.400 Decken, 2.700 aufblasbaren Matratzen, 2.700 Pölstern mit Polsterüberzug sowie 2.700 Bettwäschesets und wurde am 16.09.2020 mit einem Frachtflugzeug nach Athen gebracht, und durch Herrn Bundesminister Nehammer persönlich übergeben.

Weitere Hilfsgüter, bestehend aus zusätzlichen 200 Familienzelten VIVA mit Winterkit, 1.800 Hygienepaketen sowie 200 Zeltheizungen wurden bis 21. Oktober 2020 übergeben.

Die Übergabe erfolgte an die griechischen Zivilschutzbehörden am Flughafen Athen, mit denen auch alle Absprachen durch die zuständige Fachabteilung des Innenministeriums erfolgten. An dieser Stelle muss betont werden, dass es sodann dem griechischen Migrationsministerium oblag, die Hilfsgüter aus Österreich und anderen Ländern, welche über den Unionsmechanismus nach Griechenland gebracht wurden, zur weiteren Verwendung einzusetzen. Griechenland ist ein souveräner Staat und es ist daher anderen Ländern nicht möglich, in innerstaatliche Angelegenheiten einzugreifen. Den griechischen Behörden zufolge wurde ein Teil der österreichischen Zelte bereits nach Lesbos gebracht und nach anfallendem Bedarf aufgestellt. Darüber hinaus wurde seitens Griechenland auch eine Reservehaltung eingeplant, zumal weitere Aktionen wie auf Lesbos auch an anderen Orten nicht ausgeschlossen werden können und daher auch an anderen Orten kurzfristig Zelte gebraucht werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesministerium Inneres

Sektion I - Präsidium

Ref. I/5/a Bürgerservice (04)